



CDU-CSU Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Vorsitzenden der Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag
Herrn Jens Spahn
sowie
Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion
der CDU/CSU im Deutschen Bundestag
Herrn Alexander Hoffmann
- per Mail -

Berlin, 13. Oktober 2025

Positionspapier der Zukunft Ost Runde zu den kommenden Haushaltsberatungen

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender, *lieber Jens,*
Sehr geehrter Herr Erster Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, *lieber Alex,*

die Standorte des Luftverkehrs in Ostdeutschland – wie die Flughäfen Leipzig/Halle, Dresden, Erfurt-Weimar, Berlin/Brandenburg oder Rostock-Laage – leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung unserer Regionen. Sie sind bedeutende Infrastrukturdrehscheiben, die den Tourismus, die Exportwirtschaft sowie die logistische Anbindung ostdeutscher Bundesländer stärken.

Angesichts zunehmender globaler Wettbewerbsherausforderungen ist es unerlässlich, diese Standorte langfristig zu sichern und weiterzuentwickeln. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Senkung der Luftverkehrssteuer ist ein wichtiger, kurzfristig erforderlicher erster Schritt zu diesem Ziel, weshalb eine Senkung von der Zukunft Ost Runde bereits in den laufenden Haushaltsberatungen für den Haushalt 2026 unterstützt wird.

Darüber hinaus ist die Vergabe zusätzlicher Landrechte für ausländische Fluggesellschaften in Deutschland ein wichtiger Hebel, um internationale Direktverbindungen zu ermöglichen und somit die wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen zu stärken. Ein gemeinsames Schreiben der Ministerpräsidenten der Länder Sachsen-Anhalt, Sachsen, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Thüringen zur einseitigen Konzentration direkter Langstreckenflüge auf einzelne westdeutsche Standorte zeigt, dass dies nicht allein eine ostdeutsche Herausforderung ist, jedoch durch die regional unterdurchschnittliche Konzentration der Osten stärker vom Flugverkehr abgeschnitten wird. Insbesondere Fluggesellschaften aus den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) – einem starken Wirtschaftspartner mit mehr als 14 Milliarden Handelsvolumen – haben großes Interesse signalisiert, die benannten Flughäfen anzufliegen. Es würden sich enorme Wachstumspotentiale ergeben, wenn das bislang entgegenstehende

bilaterale Luftverkehrsabkommen angepasst würde. Eine Anpassung liegt im Interesse dieser Regionen und des gesamten Landes.

Mit diesem Schreiben möchten wir der Vereinbarung im Koalitionsvertrag Nachdruck verleihen, dass sich „die Koalition zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums dafür einsetzt, die internationale Konnektivität deutscher Flughäfen zu verbessern“.

Weiterhin möchten wir zwei weitere ostspezifische Themen für die anstehenden Beratungen zum Bundeshaushalt 2026 an Sie herantragen. In Ziff. 2 der Protokollerklärung zum Gesetz für ein steuerliches Investitionsprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland (Investitionsbooster / BR-Drs. 281/25) zur Bundesratssitzung am 11. Juli 2025 hat die Bundesregierung unter der Überschrift „Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur/Hochschul- und Wissenschaftsinfrastruktur/Kita- Investitionsprogramm“ zugesagt, ein neues Programm zur Förderung von Investitionen in die Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur und Kitas aufzulegen. Die Länder erhalten danach befristet für 4 Jahre 1 Mrd. Euro (Gesamtvolume 4 Mrd. Euro). Die Verteilung auf die Länder erfolgt nach dem Königsteiner Schlüssel analog zum MPK-Beschluss vom 18.06.2025. Im Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2026 ist nahezu die gesamte Milliarde für den Bereich Kita im Investitionsprogramm Kindertagesbetreuung Titel 882 42 vorgesehen. Dies muss zugunsten der Protokollerklärung aufgeklärt werden, da ansonsten eine massive Schlechterstellung der ostdeutschen Bundesländer stattfindet.

Für den Haushalt 2026 ist die angekündigte Stromsteuersenkung aus dem Sofortprogramm weiterhin erforderlich. Weiterhin möchten wir die regionalen Unterschiede bei der Entlastung durch Zuschüsse zu den Übertragungsnetzentgelten thematisieren. Zuschüsse zu den Übertragungsnetzentgelten wirken zwar bundesweit, aber nicht bundesweit einheitlich. In ländlichen Regionen ist der Anteil der dezentralen Einspeisung (z.B. aus EE-Anlagen) dagegen höher. In der Folge wird der Strom oft direkt im Verteilnetz verbraucht und der Strombezug aus dem Übertragungsnetz ist geringer. In der Folge wirkt sich auch eine Entlastung der vorgelagerten Übertragungsnetzentgelte durch Zuschüsse in solchen Verteilnetzen schwächer aus. Um eine flächendeckende Wirkung der Maßnahme zu erreichen, ist eine erneute Beratung im Haushaltsverfahren 2027 wünschenswert.

Des Weiteren habe ich mit Bedauern zur Kenntnis genommen, dass die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI) doch nicht in Erfurt angesiedelt wird. Neben Investition und Arbeitsplätzen würde damit ein neuer Innovationsmotor für den Osten verloren gehen. Ich bitte im laufenden Haushaltsverfahren die Ansiedlung der DATI oder ein entsprechend adäquater Ersatz im Bereich des Wissenstransfers mit entsprechenden Mitteln sicherzustellen.

Abschließend möchte ich die Situation der Harzer Schmalspurbahnen (HSB) thematisieren. Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden bietet der Bund den Ländern im

Rahmen des GVFG die Möglichkeit, Großvorhaben der Infrastruktur des schienengebundenen ÖPNV anteilig mit Bundesfinanzhilfen finanzieren zu können. Im Rahmen dieser Mittel könnte die HSB ihre Infrastruktur modernisieren, um den jährlichen Aufkommen von 1,4 Million Fahrgästen und der damit verbundenen Bedeutung für die Wirtschaftsstandorte in Sachsen-Anhalt und Thüringen gerecht zu werden.

Das Papier wurde einstimmig in der Zukunft Ost Runde am 13. Oktober 2025 beschlossen. Ich würde mich über Eure Unterstützung freuen.

Mit freundlichen Grüßen

The image shows a handwritten signature in blue ink. The signature is written in a cursive style, with the first part resembling 'Sepp' and the second part resembling 'Müller'. The signature is positioned above the printed name 'Sepp Müller MdB'.

Sepp Müller MdB

P.S: nachrichtlich an die zuständigen Berichterstatter im Haushaltsausschuss und Sprechern der Arbeitsgruppen Verkehr, Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Forschung, Technologie und Raumfahrt, Wirtschaft und Energie